



Anti-Corona-Maßnahmen-Demo in Wien im Sommer 2020: „Angst vor Grundrechtseingriffen war ein oft genanntes Motiv, FPÖ zu wählen“

„Wir sind jetzt an einem Scheideweg“

Wie geht es der Demokratie in Zeiten der Pandemie? Ein Gespräch mit Wahlforscher **Christoph Hofinger**

GESPRÄCH: FLORIAN KLENK

Die Wien-Wahl ist geschlagen, die Rechtspopulisten am Boden. In den USA indes ist Donald Trump immer noch im Rennen. Wie steht es um die offene Gesellschaft in Zeiten von Pandemie und Wirtschaftskrise? Wie sehr vertrauen wir unserer Regierung? Ein Gespräch mit dem Sora-Chef Christoph Hofinger.

Falter: Herr Hofinger, hat Sie an dieser Wien-Wahl irgendetwas überrascht?

Christoph Hofinger: 7,5 bis acht Prozent für die FPÖ ist schon eine Überraschung. In der Vergangenheit konnte die FPÖ im Wahlkampf immer noch zulegen. Diesmal ist ihr das nicht gelungen. Die zweite Überraschung ist die niedrige Wahlbeteiligung von knapp über 60 Prozent.

Sehr viele freiheitliche Wähler wurden Nichtwähler. Warum konnte sich die FPÖ als Anti-Corona-Partei so gar nicht etablieren?

Hofinger: Eine krachende Niederlage hat meist viele Faktoren: Ibiza hat die Partei bis ins Mark erschüttert, dazu kam die Spesenaffäre. Die Parteiführung – Kickl, Hofer – erzeugt nicht so ein kohärentes Bild wie damals Strache. Das Corona-Thema ist auch kein Bringer, denn es gibt noch ein relativ hohes Vertrauen in die Bundesregierung.

Warum hat die SPÖ relativ wenige Stimmen aus dem Lager der Freiheitlichen lukrieren können?

Hofinger: Die SPÖ hat laut Wählerstromanalyse immerhin 32.000 Stimmen von der FPÖ bekommen, also jeden achten Wähler der Blauen. Das ist gar nicht so unterschiedlich zur ÖVP, die jeden sechsten Wähler der Freiheitlichen bekommen hat. Und es ist auch mehr, als die Sozialdemokratie bei sonstigen Wahlen von der FPÖ bekommen hat. Bei vielen anderen Wahlen hat ein Auflösungsprozess der FPÖ praktisch keinen Strom mehr zur Sozialdemokratie bedingt.

Schauen wir zu den Grünen. Sie feiern zwar das beste Ergebnis, das sie in Wien je hatten, wirkten aber am Wahlabend etwas zerknautscht, weil sie jetzt auf einmal einen Nebenbuhler haben – die Neos.

Hofinger: Das Umweltthema war bei jüngeren Wählern wichtig, aber es ist offenbar so, dass es im Wahlkampf nicht jene Rolle gespielt hat, die es aus grüner Sicht spielen könnte. Beim Agenda-Setting gibt es noch Luft nach oben.

Viele Wirtschaftstreibende, die klassische ÖVP-Klientel, wirken derzeit sehr zornig auf die Regierung, etwa wegen schlecht abgewickelter Wirtschaftshilfen. Finanzminister Blümel ist da sehr in der Kritik gestanden. Wieso konnte er dennoch so zulegen?

Hofinger: Die Wirtschaftstreibenden sind längst keine reinen ÖVP-Wähler mehr. Da gibt es Konkurrenz von den Neos. Viele Kleinunternehmen und EPUs wählen auch grün. Die „Strongholds“ sind für die

Kurz-ÖVP zunehmend die älteren Wähler – dort war die ÖVP auch diesmal wieder stärker.

Also die klassische SPÖ-Klientel?

Hofinger: Richtig. Da ist in den letzten Jahren viel zur ÖVP hinübergerutscht. Bereits unter Christian Kern hat das begonnen. Die strukturelle Schwäche der SPÖ liegt vor allem im Wahlverhalten der Älteren begründet. Dazu kommt, dass die ÖVP wieder eine echte Volkspartei geworden ist. Sie ist auch in Wien nicht mehr die „Bürgerpartei der Bildungsschicht“, sondern sie kommt in der Breite an, Menschen mit Facharbeiterabschluss wählen Kurz. Die ÖVP ist deswegen auch in den sogenannten Flächenbezirken wesentlich stärker als früher, dort sind die Zuwächse am größten.

Wir stehen vor einem sehr unsicheren Herbst, der ORF streut Lockdown-Gerüchte. Die Regierung wirkt weniger koordiniert als noch im Frühjahr. Vertrauen die Österreicher noch ihrer Regierung? Kommt da etwas ins Rutschen?

Hofinger: Hier sind die Dinge auf sehr spannende Weise im Fluss. Der Ruf nach dem starken Mann war ja auch teilweise dadurch bedingt, dass in den Zeiten der rot-schwarzen Bundeskoalition viele Menschen das Gefühl hatten, in der Bundesregierung geht gar nichts mehr.

Sie haben schon vor der Corona-Krise davon gesprochen, dass wir einen stetigen und eigentlich sehr dramatischen Einbruch autoritären Denkens in die Mitte der Gesellschaft erleben.

Hofinger: Die Regierung ist damals mit den Flüchtlingsbewegungen nicht zurande gekommen und hat sich dort, wo sie eigentlich welche hatte, keine Erfolge gegönnt. Jene, die eine funktionierende und agierende Bundesregierung wollten, waren völlig abgeschreckt von den letzten Zügen von Rot-Schwarz. Dann kam die türkis-blaue Bundesregierung, wo auf einmal die Demokratiezufriedenheit der freiheitlichen Wählerinnen und Wähler sehr stark gestiegen ist. Auch unter Türkis-Grün ist das Vertrauen nicht massiv verringert worden. Und dann haben wir im Frühjahr, im Lockdown, eigentlich den Höhepunkt des Vertrauens in Institutionen und die Regierung erlebt. Damals hatten die Leute das Gefühl, die Regierenden machen es richtig. Jetzt sind wir an einem Scheideweg, nicht nur was die Infektionszahlen betrifft. Die Bundesregierung und die demokratischen Institutionen haben viel politisches Vertrauen gewonnen, aber sie könnten das durch konfuse Kommunikation auch schnell wieder verspielen.

Auch durchaus gemäßigte Kreise der Bevölkerung beginnen bereits das Vertrauen zu verlieren, so wie in der Migrationskrise geben sie den „Mainstreammedien“ und der Regierung die Schuld.

Hofinger: Ich sehe hier ganz unterschiedliche Segmente am Werk. Es gibt einen Teil der Bevölkerung, der Corona für ohnehin bestehende Verschwörungsfantasien nützt. Da werden Fakten keine große Rolle spielen. Die Regierung ist aber unabhängig davon durch Corona auf einem ständigen Prüfstand. Ihre heikle Aufgabe besteht darin, eine permanente evidenzbasierte und transparente Kommunikation zu liefern. Das ist eine Übung, die die österreichische Regierung bisher nicht so schlecht gemacht hat. An dieser Performance wird sie die politische Mitte messen – also der

Großteil der Bevölkerung, der ja nicht in Verschwörungserzählungen abgedröht ist.

Ist es nicht eine Pointe der Geschichte, dass sich nun ausgerechnet die Rechtspopulisten als Bewahrer der liberalen Demokratie gerieren?

Hofinger: In der Wahltagsbefragung war die Einschränkung der Grund- und Freiheitsrechte tatsächlich eine der größten Sorgen der FPÖ-Anhänger und -Anhängerinnen. Das war allerdings immer schon auch ein Teil der rechtspopulistischen Erzählung: „Die Gesellschaft macht uns zu viele Vorschriften!“ Bei der Sprache oder bei der Political Correctness oder im Straßenverkehr. Dahinter stehen auch bewusste oder unbewusste Kränkungen und ein Konflikt mit einer Bildungsschicht, die immer größer wird und die Gesellschaft immer mehr dominiert.

Aber die Kritik ist ja auch nicht ganz falsch. Blicken wir zurück in den April: Da ist man bestraft worden, wenn man auf einem Bankerl gesessen ist oder einen Klimmzug im Park gemacht hat.

Hofinger: Diese Kritik ist völlig legitim. Wenn Regierungen oder auch Städte den Bogen überspannen, dann bietet das auch Raum und Potenzial für Gegenbewegungen, die mehr Freiheit fordern. Momentan sind 50 Prozent mit den Maßnahmen zufrieden. Jeweils einem Viertel sind sie zu streng oder zu locker. Momentan navigiert die Bundesregierung da ganz passabel durch die Mitte. Wenn sie in eine Richtung abdriftet, könnte es zu einer Freiheitsgegenbewegung kommen.

Wie haben Sie die Kommunikation der Regierung bewertet? Werner Kogler hat gesagt, es wird hunderttausende Tote geben. Sebastian Kurz hat davon gesprochen, dass jeder jemanden kennen wird, der an Corona verstorben ist. Was bringt die Politik der Angst?

Hofinger: Die Angst ist da. Es gibt die Angst vor Ansteckung, aber es gibt auch sozio-ökonomische Ängste und Existenzängste. Die Chance der Regierung besteht darin, die ohnehin bestehenden Sorgen aufzugreifen und ein zuversichtliches Bild zu zeichnen.

Blicken wir in die USA. In wenigen Wochen wird der Präsident gewählt. US-Präsident Trump hat sich selbst mit Covid-19



www.falter.at/radio
Der Podcast mit
Raimund Löw
www.falter.tv

Das gesamte Gespräch können Sie auf faller.at/radio als Podcast hören

angesteckt, das Weiße Haus wurde zum Cluster. Er bremst bei staatlichen Hilfen und hat dennoch enorme Zustimmungsraten in der Bevölkerung. Ist die Demokratie noch zu retten, wenn Bürger nicht mehr nach ihren Interessen wählen?

Hofinger: Dass die Menschen in den USA nicht nach ihren Interessen wählen, ist schon bei der Reagan-Wahl in den 80er-Jahren erwiesen worden. Ronald Reagan stand mit den meisten seiner Forderungen gegen den amerikanischen Mainstream. Was für die USA aber heute kennzeichnend ist – und das ist das amerikanische Drama –, ist diese brutale Spaltung in zwei Stämme, also „Tribal Politics“. Es gibt, wie in einem schlechten Film, einen republikanischen Stamm und einen demokratischen Stamm.

Das ist die These, die der US-Historiker Timothy Snyder sehr stark vertritt: Trump ist sozusagen der Stammesfürst.

Hofinger: Das Kennzeichen dieser Politik ist, dass bei den „anderen“ alles als schlecht bewertet wird. Republikaner verachten Demokraten und umgekehrt. Computerprogramme können heute an einer Kongressrede erkennen, ob sie ein Republikaner oder ein Demokrat verfasst hat. Es haben sich eigene Medienverbände herausgebildet, die den jeweiligen Stamm bedienen. Das, was wir in Österreich haben, nämlich eine Regierung über die politische Mitte, die auch halbwegs funktioniert, ist etwas, was in den USA völlig undenkbar ist. Das ist insofern dramatisch, als die Gesellschaft ohnehin sehr brüchig ist.

Jetzt, in Corona-Zeiten, gab es Millionen Jobverluste und damit auch Krankenversicherungsverluste.

Hofinger: Wir sehen sofort, wie wenig resilient eine Gesellschaft ist, denn eine solche geschwächte Gesellschaft kann kein Tracking und Tracing mehr machen. Wenn Behörden bei einem US-Bürger anrufen und sagen: „Ihr Kollege hat Corona, wir wollen Sie testen“, legen die Leute auf oder brüllen zurück: „Lasst mich in Ruhe!“ Warum? Weil mit einem Krankenstand oder einer Quarantäne sofort der Verlust der ökonomischen Existenz einhergehen kann.

Die USA sind ein Land geworden, das eigentlich nur funktioniert, wenn es einen Wirtschaftsboom gibt.

Hofinger: Im Aufschwung leben die Menschen von der Hoffnung, dass es besser wird. Sie arbeiten sich dann zum Teil zu Tode, mit langen Arbeitszeiten, nur zwei Wochen Urlaub im Jahr, den sie sich oft nicht zu nehmen trauen, oder maximal sieben Tagen Krankenstand im Jahr. In dem Moment, in dem eine Pandemie den wirtschaftlichen Boom beendet, werden diese Brüche und Unzulänglichkeiten der US-Gesellschaft an allen Ecken und Enden sichtbar. Nötig wäre eine nationale Kraftanstrengung: eine einige und einigende Regierung. Und davon sind die USA leider Gottes weit entfernt.

Viele Korrespondenten von Medien fürchten bürgerkriegsähnliche Zustände. Zu Recht?

Hofinger: Wir sehen immer wieder das Aufeinanderprallen von Gruppen mit Toten. Die Rhetorik Trumps macht zu Recht Sorge. Es gibt aber auch Gegenkräfte in den USA, die wir nicht unterschätzen dürfen. Aber die Lehre, gerade in den USA, ist, dass Dinge, die uns unvorstellbar erscheinen, auf einmal am übernächsten Tag eintreten können, siehe Trumps Wahl. Die Demokratie ist ein zerbrechliches Gut.



Momentan navigiert die Regierung ganz passabel durch die Mitte“

CHRISTOPH
HOFINGER



Christoph Hofinger, 53, ist Sozialforscher und „Hochrechner der Nation“. Er leitet mit Günther Ogris das Forschungsinstitut Sora